

Antrag

der Fraktion der DVU

Auflegung eines „Rettungspaketes“ für die Brandenburger Wirtschaft

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf die zu erwartenden Folgen der sich abzeichnenden Weltwirtschaftskrise für Brandenburg ein „Rettungspaket“ für die Brandenburger Wirtschaft zu erstellen.

Dieses „Rettungspaket“ soll folgende Maßnahmen umfassen:

1. Die Landesregierung legt einen „Rettungsfonds“ für in Liquiditätsschwierigkeiten befindliche kleine und mittelständische Unternehmen in Brandenburg auf, welcher vom Ministerium der Finanzen sowie dem Ministerium für Wirtschaft mit der ILB als Geschäftsbesorger gemeinsam verwaltet wird. Aus den Mitteln des „Rettungsfonds“ können in Liquiditätsschwierigkeiten befindliche Brandenburger KMU`s finanzielle Hilfen in Form von Zuschüssen, Zinszuschüssen, Darlehen sowie in Form von Beteiligungskapital erhalten.
2. Die Landesregierung geht eine Verpflichtungsermächtigung bis 2020 ein mit dem Ziel, einen Bürgschaftsrahmen für Landesbürgschaften für in Liquiditätsschwierigkeiten befindliche KMU`s in Brandenburg zu initiieren. Die dadurch möglichen Landesbürgschaften werden unter der gemeinsamen Verwaltung des Ministeriums der Finanzen sowie des Ministeriums für Wirtschaft von der Bürgschaftsbank des Landes Brandenburg vergeben. Ziel ist es, durch Vergabe von Landesbürgschaften kleinen und mittelständischen Unternehmen in Brandenburg die Refinanzierung auf dem öffentlichen sowie privaten Kapitalmarkt zu erleichtern.
3. Neben kleinen und mittelständischen Unternehmen in Brandenburg sollen in den Genuss der unter 1. und 2. genannten Maßnahmen auch in Liquiditätsschwierigkeiten befindliche kommunale Versorgungsbetriebe kommen. Insbesondere soll die Möglichkeit eröffnet werden, aus Mitteln des landeseigenen „Rettungsfonds“ Brandenburger Kommunen dadurch finanziell zu entlasten, dass deren in Liquiditätsschwierigkeiten befindlichen kommunalen Versorgungsbetriebe vorübergehend in eine Form der Landesbeteiligung überführt werden können.

Datum des Eingangs: 11.11.2008 / Ausgegeben: 11.11.2008

Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zu seiner Sitzung am 17./18. Dezember 2008 über ihre Maßnahmen zur Initiierung des landeseigenen „Rettungsfonds“ sowie des zusätzlichen Bürgerschaftsrahmens.

Begründung:

Die Internationale Finanzkrise und die sich abzeichnende daraus hervorgehende weltweite Rezession bedrohen auch die Brandenburger Wirtschaft sowie die Brandenburger Kommunen. Aufgrund der mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur in Brandenburg sowie der oftmals marginalen Eigenkapitalquoten der meisten kleinen und mittelständischen Firmen in Brandenburg drohen diese bei anhaltender restriktiver Kreditpolitik der Banken einerseits und Auftragsrückgängen andererseits vielfach in den Zustand der Illiquidität zu geraten mit der Folge drohender Insolvenzen.

Dasselbe gilt für viele kommunale Versorgungsbetriebe, welche bereits heute defizitär wirtschaften und besonders die finanzschwachen Kommunen belasten.

Daher ist es nötig – in Ergänzung zu den von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen –, einen landeseigenen „Rettungsfonds“ sowie einen zusätzlichen Bürgerschaftsrahmen für kleine und mittelständische Unternehmen in Brandenburg zu initiieren, um diese Firmen – ähnlich wie auf Bundesebene die Banken – vor dem drohenden Zusammenbruch zu bewahren.

Dasselbe gilt für die für die Daseinsvorsorge der Bevölkerung notwendigen kommunalen Versorgungsbetriebe, welche ebenfalls vor dem ökonomischen Zusammenbruch oder einer Übernahme durch private Spekulanten bewahrt werden sollen.

Um diese Ziele zu erreichen, wurde unser vorliegender Antrag konzipiert.

Für die Fraktion der DVU

Liane Hesselbarth
Fraktionsvorsitzende